

## Wahlprüfsteine Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen BAG zur Bundestagswahl 2017

### Antwort der Freien Demokraten

#### **Welches Konzept und welche Ideen liegen Ihrer künftigen Gleichstellungspolitik zugrunde?**

Wir Freie Demokraten wollen, dass alle Menschen die gleichen Chancen haben. Das Geschlecht darf niemandem benachteiligen oder Möglichkeiten verweigern.

#### **Was werden Sie unternehmen, um die Ursachen für die Lohnlücke (gender pay gap) wirksam zu bekämpfen?**

Wir Freie Demokraten wollen die Ursachen der Lohnunterschiede bekämpfen. Beim Vorankommen durch eigene Leistung darf das Geschlecht keine Rolle spielen. Es bedarf passender Rahmenbedingungen, die eine Chancengleichheit zwischen Frauen und Männern herstellt. Ein flexibler Arbeitsmarkt mit flexiblen Arbeitszeitmodellen und digitalen Arbeitsplätzen sorgt unter anderem dafür, dass Familien und Job leichter miteinander vereinbar sind. Frauen wollen wir stärker ermuntern, klassische Männerbranchen zu erobern. Ebenso andersherum.

#### **Wie beugen Sie der Altersarmut von Frauen vor? (Stichwort: gender pension gap)**

Wir Freie Demokraten setzen uns für Chancengleichheit von Frauen und Männern ein. Wir wollen die Gender Pension Gap mit einer verbesserten Alterssicherung und einer Überwindung der Entgeltungleichheit zwischen Frauen und Männern schließen. So wollen wir die Einkommens- und Erwerbsstrukturen von Frauen grundlegend verbessern. Frauen dürfen nicht benachteiligt werden. Wir setzen uns dafür ein, dass zum Beispiel alle Eltern frei entscheiden können, welches Arbeitsmodell sie wählen. Wir wollen flexible Arbeitszeitmodelle, digitale Arbeitsplätze und einen Ausbau der Kinderbetreuung, um Familie und Job leichter vereinbar zu machen. Wir Freie Demokraten wollen die klassische Einteilung von Frauen- und Männerberufen auflösen. Wir sehen jeden Menschen als Individuum und lehnen „Schubladen-Denken“ ab.

#### **Um Berufstätigkeit für Eltern zu ermöglichen, muss das Angebot der Kindertagesbetreuung flexibel, verlässlich, bezahlbar und flächendeckend sein. Die Kinderbetreuung muss über das Alter von sechs Jahren hinaus garantiert sein. Welche Pläne haben Sie, um die Lücke zwischen Gesetzesauftrag und Realität zu schließen?**

Wir Freie Demokraten arbeiten darauf hin, dass die Betreuung durch Tageseltern einerseits und in einer Kindertageseinrichtung andererseits als gleichwertige Betreuungsformen anerkannt und bezuschusst werden. Ein schneller und unbürokratischer Ausbau muss das Ziel sein, um den fehlenden Betreuungsplätzen entgegenzuwirken. Wir wollen prüfen, ob Baugenehmigungen für private Investoren unter der Prämisse der höchstmöglichen Qualität schneller erteilt werden können. Eine langfristige Strategie zur Bewältigung des Problems muss erarbeitet werden. Flexible Betreuungsangebote sind für

uns Freie Demokraten Voraussetzung für unsere moderne Arbeitswelt. Die Ganztagsbetreuung muss dementsprechend ausgebaut werden. Dies soll auch in Betrieben geschehen.

**Erwerbstätig sein muss sich auch lohnen! Wenn die Berufstätigkeit von Frauen durch Steuerklasse, Pendlerkosten und Teilzeitarbeit geprägt ist, entscheiden sich die Familien dagegen. Mit welchen arbeitsmarktbezogenen, steuer- und sozialrechtlichen Instrumenten halten Sie dagegen?**

Wir Freie Demokraten setzen uns für Chancengleichheit von Frauen und Männern ein. Wir wollen, dass jeder Mann und jede Frau passende Rahmenbedingungen vorfinden, um das eigene Potential voll zu entfalten und das Leben nach eigener Vorstellung zu gestalten. Wir setzen uns dafür ein, dass alle Eltern frei entscheiden können, welches Arbeitsmodell sie wählen. Damit Väter und Mütter Beruf und Familie besser vereinbaren können, wollen wir flexible Angebote zur Kinderbetreuung, auch in Betrieben, fördern. Einseitige Modelle, wie die Steuerklasse V, wollen wir abschaffen.

**Nicht alle Erwerbstätigen zahlen Beiträge in die Arbeitslosenversicherung, Renten- und Sozialkassen. Die finanziellen Risiken des Sozialstaats sind nicht gerecht verteilt. Was tun Sie, um hier mehr Gerechtigkeit herzustellen?**

Wir Freie Demokraten setzen uns für eine klare Trennung von Versicherungs- und versicherungsfremden Leistungen ein, und wollen dafür eine "Schuldenbremse 2.0" für die Sozialversicherung einführen. Nur so kann eine nachhaltige Finanzierung der Sozialleistungen sichergestellt und eine Umgehung der Schuldenbremse des Grundgesetzes über die Sozialkassen verhindert werden. Menschen, die nicht eingezahlt haben, aber bedürftig sind, sollen diese Leistungen aus Steuermitteln erhalten.

**Das Ziel der Geschlechtergleichstellung ist in Deutschland weiterhin nicht erreicht, konstatiert der zweite Gleichstellungsbericht der Bundesregierung. Besonders die Erwerbs- und Sorgearbeit müssen zusammen gedacht und neu gestaltet werden, um Geschlechtergerechtigkeit zu garantieren. Mit welchen Instrumenten setzen Sie die Forderungen aus dem Bericht um?**

Wir Freie Demokraten setzen uns für Selbstbestimmung in allen Lebenslagen ein. Dies bedeutet auch, dass Menschen frei wählen können müssen, wie viel Zeit sie in Erwerbs- beziehungsweise wie viel Zeit sie für Sorgearbeit aufwenden wollen. Wir wollen unseren Beitrag dazu leisten, indem wir Leistungen im Haushalt (Pflege- und Betreuungsleistung) steuerlich stärker berücksichtigen und somit auch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern.

**Gerade im ländlichen Raum benötigen Frauen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie strukturelle Unterstützung. Hierbei ist Mobilität und besonders der ÖPNV ein zentrales Thema. Mobilität garantiert den Zugang zu Bildung, Erwerbsarbeit und (politischer) Teilhabe. Wie können passgenaue Konzepte aussehen?**

Wir wollen auch in Zukunft bezahlbare Mobilität in ländlichen Räumen gewährleisten. Der motorisierte Individualverkehr ist hier für viele Menschen unverzichtbar. Die jahrelange Unterfinanzierung der Verkehrsinfrastruktur wollen wir beenden. Der Bund muss deutlich mehr Mittel für Verkehrswege bereitstellen. Nicht nur für Bundesautobahnen oder -fernstraßen, sondern auch für den schienengebundenen ÖPNV. Wir wollen zudem, dass der Bund sich an einem Fonds zur Sanierung der Verkehrsinfrastruktur beteiligt. Denn Kommunen und Länder können den Sanierungsstau bei ihren Verkehrswegen

nicht allein beheben. Im Bereich von Bahn, Fernbus und ÖPNV wollen wir kundengerechte und kostengünstige Angebote sicherstellen, indem wir für eine auskömmliche, transparente Finanzierung und fairen Wettbewerb unter den Anbietern sorgen. Auch das ehrenamtlich betriebene Bürgerbussystem wollen wir weiter fördern. Zudem sehen wir in der Digitalisierung erhebliche Potentiale für den Verkehr. Fahrzeuge werden schrittweise autonom unterwegs sein, intelligent vernetzt und mit ressourcenschonenden Antrieben fahren.

**Wie treten Sie dafür ein, bundeseinheitliche Strukturen zu schaffen und zu finanzieren, um von Gewalt betroffene Frauen angemessen beraten und schützen zu können?**

Jede Form von Gewalt ist für uns Freie Demokraten nicht hinnehmbar. Es ist für uns daher selbstverständlich, dass wir uns für den Schutz aller in Deutschland lebenden Menschen einsetzen. Wir setzen dabei auf eine Vielzahl von Maßnahmen, die neben der Aufklärung auch die Täterarbeit umfassen. Beispielsweise wollen wir Justiz und Polizei entlasten und mehr fördern, um mehr Kapazität für die Aufklärung und Prävention zur Verfügung zu haben.

**Rollenbilder sind heute sehr durch die Medien und die Werbung geprägt. Besonders Frauen werden auf „Sexiness“ reduziert und der weibliche Körper wird in der Werbung themenunabhängig und universell als Strategie eingesetzt. Hier fehlen wirksame Instrumente, um dem fortschreitenden Sexismus in der Öffentlichkeit und im öffentlichen Raum entgegen zu wirken. Wie unterstützen Sie die Einführung wirksamer gesetzlicher Regelungen?**

Wir Freie Demokraten setzen uns für die Gleichstellung und Chancengleichheit von Mann und Frau ein. Bevormundung der Bürgerinnen und Bürger durch den Staat lehnen wir jedoch ab. Die bestehenden Möglichkeiten über den Werbe- und Presserat halten wir für ausreichend. Wir glauben an einen Staat der jeder Bürgerin und jedem Bürger zutraut, für sich selbst Entscheidungen zu treffen. Geschmacksfragen lassen sich nicht per Gesetz regeln. Die Verbraucherinnen und Verbraucher dürfen nicht für unmündig gehalten werden, deswegen lehnen wir ein Verbot von sexualisierter Werbung ab.

**Mit welchen Maßnahmen sichern Sie die Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum der Zukunft?**

Wir Freie Demokraten sehen vor allem die Stärkung ambulanter Versorgung als Schlüssel für eine flächendeckende Versorgung im ländlichen Raum. Zentralisierte Versorgungsformen haben sich nur als punktuell praktikabel erwiesen. Vor allem die Orientierung auf eine wohnortsnahe Versorgung ist essentiell, um den Patientinnen und Patienten eine passende und wirkungsvolle medizinische Versorgung zukommen zu lassen. Diese These betreten wir auch vor dem Hintergrund des demographischen Wandels und der eingeschränkten Mobilität von älteren Menschen und Menschen mit Behinderung.

**Wie werden Sie dafür eintreten, dass die Vergütung von Hebammen angemessen geregelt wird und flächendeckend Geburtshäuser bzw. Geburtskliniken vorgehalten werden?**

Beleg- und freie Hebammen sind eine tragende Säule der Gesundheitsversorgung der Gesellschaft, diese muss adäquat unterstützt werden. Wir Freie Demokraten wollen, dass Frauen selbst entscheiden dürfen, ob sie in einer Geburtshilfeklinik oder in einem Geburtshaus entbinden möchten, falls keine medizinischen Gründe dagegensprechen.

Des Weiteren ist eine angemessene Vergütung der Hebammenleistungen in der gesetzlichen Krankenversicherung erforderlich. Zudem begrüßen wir, wenn zahlreiche Hebammen sich zur Praxisgründung bereit erklären würden. Damit dies gelingt, brauchen wir leistungsgerechte Vergütungen, gute Arbeitsbedingungen und nicht zuletzt gezielte Hilfen vor Ort.

**Kommunale Parlamente sind immer noch nicht paritätisch mit Frauen und Männern besetzt. Aus unserer Sicht fehlen eindeutige und sanktionierbare gesetzliche Regelungen. Wie wollen Sie für eine Änderung des Wahlrechts eintreten, um Parität auf allen politischen Ebenen zu ermöglichen?**

Wir Freie Demokraten begrüßen eine aktive Teilhabe von Frauen an politischen Gremien und Parlamenten. Eine gesetzliche Regelung über die Zusammensetzung lehnen wir allerdings ab. Frauen dürfen nicht zu Platzhaltern degradiert werden, sondern sollen neutral und vorurteilsfrei nach ihrer Leistung beurteilt werden.

**Voraussetzung für eine gelingende Gleichstellung von Frauen und Männern in den Kommunen sind gut ausgestattete Frauen- und Gleichstellungsbüros. Wie können aus Ihrer Sicht bundeseinheitliche Standards für kommunale Gleichstellungsarbeit mit ausreichenden Ressourcen und Rechten aussehen?**

Wir Freie Demokraten wollen ein ganzheitliches Diversity Management in der Arbeitswelt voranbringen, dass auch die heute vielfach unbeachteten Dimensionen Religion und sexuelle Orientierung berücksichtigt. Diversity Management ist ein unternehmerisches Konzept, das auf eine Kultur der Wertschätzung und des Respekts vor der Unterschiedlichkeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter setzt. Es bekämpft systematisch offene Diskriminierung und macht unbewusste Hemmnisse bewusst. So schafft es Selbstbestimmung und gleiche Chancen für Aufstieg durch Leistung – unabhängig von Geschlecht, Alter, ethnischer Herkunft, Behinderung, sexueller Orientierung, Religion oder Weltanschauung. Dieser Ansatz ist für uns eine sinnvolle Alternative zu Quoten und anderen Formen bürokratischer Antidiskriminierungspolitik. Der öffentliche Dienst muss hier mit gutem Beispiel vorangehen, beispielsweise durch die Umstrukturierung der Frauen- und Behindertenbeauftragten in einen breiteren Ansatz von ganzheitlichem Diversity Management. Zur Förderung des Konzeptes in der Privatwirtschaft und gerade auch für den Mittelstand wollen wir Best-Practice-Dialoge initiieren und unterstützen. Zudem wollen wir das Thema „Vielfalt in der Arbeitswelt“ in der beruflichen Bildung verankern.

**Die wissenschaftliche Forschung zu Gender- und Gleichstellungsthemen muss strukturell, finanziell und nachhaltig gewährleistet sein. Dazu ist eine stabile und strukturelle Ausstattung der wissenschaftlichen Geschlechterforschung unverzichtbar. Wie kann diese Absicherung verankert werden?**

Wir Freie Demokraten sehen in Investitionen in die Forschung eine treibende Kraft des gesellschaftlichen Fortschritts. Genauso wie Forschung in Bereichen wie der Pharma- oder Automobilindustrie technologischen Fortschritt ermöglicht, schaffen sozial- und geisteswissenschaftliche Erkenntnisse eine Grundlage für gesellschaftlichen Fortschritt. Strukturalistische Ansätze zur Erklärung von gesellschaftspolitischen Zusammenhängen lehnen wir Freie Demokraten nicht ab. Der öffentliche und allgemeine Zugang zu Forschungsergebnissen ist für eine verantwortliche und selbstständige Meinungsbildung unerlässlich. Damit werden Vorurteile und die Verbreitung von Fake News, gerade auch über Themen wie Gender, erschwert. Damit auch die Allgemeinheit von den Ergebnissen profitieren kann, setzen wir uns für eine Open-Access-Politik ein: Ergebnisse und Publikationen, die wesentlich mit öffentlichen

Geldern finanziert wurden, sollen unter Berücksichtigung eines Erstverwertungsrechts auch für die Öffentlichkeit zugänglich sein.

**Weltweit sind Millionen von internationalen Migranten – Frauen und Männer – unterwegs auf der Suche nach Arbeit oder auf der Flucht. Nach Deutschland gelangen aktuell mehr Männer (ca. 70%) als Frauen (ca. 30%). Das Geschlecht hat aber auf unterschiedliche Weise Einfluss auf den Migrations- und den Integrationsprozess. Um Frauen und Männern gleiche Chancen für die Einwanderung nach Deutschland zu ermöglichen, benötigen wir Konzepte für eine geordnete Einwanderung mit geschlechtergerechten Standards. Werden Sie sich für ein geschlechtergerechtes Einwanderungsgesetz einsetzen? Und wie könnten Standards dafür Ihrer Meinung nach aussehen?**

Wir Freie Demokraten setzen uns für ein geschlechterneutrales Einwanderungsgesetz ein. Wir wollen ein Punktesystem schaffen, bei dem sich Menschen aus aller Welt aufgrund ihres Bildungsgrades, Alters, ihrer Sprachkenntnisse und beruflichen Qualifikation um eine Einwanderung nach Deutschland bewerben können. Dabei ist auch Flüchtlingen, die sich entsprechend integriert haben, ein Rechtskreiswechsel und damit eine Einwanderungschance zu ermöglichen. Natürlich nur, wenn sie dieselben Kriterien erfüllen wie Fachkräfte aus dem Ausland. Diese Kriterien sollen verhindern, dass Menschen aufgrund eines Merkmals, wie zum Beispiel des Geschlechts, diskriminiert werden.